

CROSSING BORDERS

Bewegungen und Kämpfe der Migration



Es ist kein Zufall, dass die 2. Ausgabe von Crossing Borders zeitgleich zum Weltsozialforum im Januar 2007 in Nairobi erscheint. Wir glauben, dass Migration dort - wie schon beim Europäischen Sozialforum in Athen - als eigene thematische Achse anerkannt werden sollte. Und Nairobi bietet nicht nur die Möglichkeit, die euro-afrikanische politische Kommunikation fortzusetzen (s.2) sondern den Vernetzungsprozess auf eine globale Ebene zu heben. Transnationale Kommunikation weiterzuentwickeln ist das erklärte Ziel von Crossing Borders. Unsere 1. Ausgabe wurde zum 7. Oktober veröffentlicht, dem transnationalen Aktionstag (s.3). Sie wurde während der jeweiligen Demonstrationen verteilt und die ersten Reaktionen waren ermutigend. Und wir wollen auch in Zukunft transnationale Mobilisierungen begleiten: weitere Ausgaben planen wir für eine europaweite Legalisierungskampagne (s.2), für den nächsten 1. Mai bzw. rund um das Thema der Arbeitsmigration sowie für die anlaufende Anti-G8-Kampagne in Deutschland im Juni 2007.

transnational newsletter, 2. Ausgabe, Januar 2007

An unsere Schwestern und Brüder in Afrika! - für einen gemeinsamen Kampf für globale Bewegungsfreiheit und Bleiberecht

Brüder und Schwestern in Afrika! Als wir, MigrantInnen, entschieden hatten, Afrika zu verlassen, taten wir das als freie Frauen und Männer. Einige sind gewohnt zu sagen, dass wir Opfer von Hunger, Krieg, Armut sind, dass wir gezwungen waren zu fliehen. Das ist oft wahr. Aber wir haben immer auch entschieden zu gehen, weil wir eine bestimmte Vorstellung, ein Ziel, hatten und haben: wir suchen nach neuen Möglichkeiten, wir wollen unsere Zukunft in die eigenen Hände nehmen. Als wir die Emigration wählten, wendeten wir uns damit von denen ab, die behaupten, dass einige reich und andere arm sind, einige europäisch und andere afrikanisch. Wir wollten uns befreien von einem Ausbeutungssystem, das keine Grenzen kennt, während es Grenzen errichtet und Kriege anzettelt, um unser Leben auszubeuten, in Afrika und Europa. Wir haben entschieden auszuwandern, aber als wir die Elektrozaune oder die hohen Hürden der Einwanderungsgesetze überwunden hatten, die die Unerwünschten abhalten sollen, waren wir in Europa mit weiteren Grenzen konfrontiert. Ein Bleiberecht ist daran gebunden, dass wir für Europa verfügbar sind, als billige Arbeitskräfte, zur Ausbeutung in den Fabriken und Haushalten, auf Feldern und in Dienstleistungen. Europa verlangt, dass wir uns integrieren, was nichts anderes meint als brav und gehorsam zu schufteln. Doch unsere Wünsche, unsere Zukunft und Kämpfe sollen wir verleugnen.

Europa bildet sich ein, unsere Mobilität steuern zu können, indem es die Grenzen militarisiert, sogar auf uns schießt wie in Ceuta und Melilla, uns die Souveränität über unser Leben abspricht. Europa betont kulturelle Unterschiede, um damit Hierarchien durchzusetzen. Europa illegalisiert uns und baut Abschiebeknäste, um uns einzusperren, bevor wir abgeschoben werden, sobald wir für die Produktion nicht mehr benötigt werden; oder sogar früher, gleich nachdem getestet wurde, ob wir uns eignen für die Ausbeutung. Europäische Gesetze definieren uns als Fremde oder als illegale MigrantInnen, während wir auf dem Arbeitsmarkt gegeneinander gehetzt werden: EuropäerInnen gegen Fremde, MigrantInnen gegen StaatsbürgerInnen. Europa hindert uns am Grenzübertritt, während es selbst die Grenzen überschreitet: zwecks Export der Migrationskontrolle in unsere Herkunftsländer. Sie nennen es Kooperationsprojekte, aber es geht um die Ausweitung europäischer Ausbeutungspolitik nach Afrika. Kooperation meint, dass europäisches Kapital in Afrika billige Arbeitskräfte sucht, um die Kämpfe aller ArbeiterInnen zu schwächen. Es meint, dass mittels Entwicklungshilfen, die schon auf ihre Art die Profite erhöhen, die afrikanischen Länder gezwungen werden, Lager zu errichten, der Kontrolle ihrer Küsten und Territorien durch europäisches Militär und Grenz-

patrouillen zuzustimmen, genau wie den zunehmenden Abschiebungen von tausenden Frauen und Männern. Dies zeigt, dass unsere Freiheit mehr und mehr beschnitten wird, dass wir, MigrantInnen, zum Spielball von Interessen werden, die nicht unsere sind. Wenn Europa versucht, uns zu entrechten und uns unserer Freiheit zu berauben, wissen wir, dass wir kämpfen müssen. Jeden Tag, am Arbeitsplatz wie überall, kämpfen wir darum, dass unsere Stimmen gehört werden, indem wir laut und deutlich sagen, WAS WIR WOLLEN!

Am 7.10. überschritten wir die Grenzen Europas und Afrikas - wir vereinigten unsere Stimmen über nationale und soziale Grenzen hinweg, die uns nur stillhalten sollen. Wir haben gezeigt, dass ein gemeinsamer Kampf möglich ist. Unsere Kämpfe zusammenzuführen und zu vervielfachen, wird jeden Tag dringender. Wir können nicht warten, bis jemand für uns handelt. Migrationsbewegung kann nicht verhindert werden, migrantische Bewegung und Organisation nimmt überall in der Welt zu. Sei es in Bamako, Rabat oder Nairobi heute, es bieten sich mehr und mehr Möglichkeiten für einen gemeinsamen Kampf in Europa und Afrika. Nur eine transnationale Dimension kann unsere Forderungen nach Bewegungsfreiheit und Bleiberecht verstärken. Die Gründe, die uns dazu führten, Afrika zu verlassen, führen uns nicht dazu, Afrika zu vergessen. Wir beobachten unsere Herkunftsländer, wir sehen die riesigen Binnenmigrationen und viele interne Grenzen, so dass wir uns dort machtvolle soziale Bewegungen für Gerechtigkeit wünschen. Unsere eigene Bewegung, die Bewegung der Migration, und die Kämpfe, die wir täglich in Europa führen, können für diese Bewegung eine wichtige Quelle sein im Versuch, neue transnationale Räume von Freiheit und Gleichheit zu eröffnen. Wir haben uns vom Kolonialismus befreit, heute müssen wir uns von allen Unterdrückungen in Afrika befreien und von der Ausbeutung migrantischer Arbeit in Europa. Wir haben bereits entschieden zu emigrieren und viele mehr werden noch auswandern. Wer immer diesen Weg wählt und Freiheit sucht, sollte wissen, dass Freiheit kein Geschenk ist. Sie muss erkämpft werden. Wir wollen keine Opfer sein, wir wollen Vorkämpfer sein, und der Raum unserer Freiheit heute ist der Raum unseres gemeinsamen Kampfes.

Babacar Ndiaye (Italy, Senegal), Bahija Benkouka (France, Morocco), Bas M. Sene (Italy, Senegal), Brahim Nadi (Italy, Morocco), Sokhna Codou Sene (Italy, Senegal), African Women Association, El Rapta Association of Egyptian Workers in Greece, Ethiopian Community in Athens, Nigerian Community in Greece, Sierra Leonean Association in Greece, Sudanese Community of Greece

EURAFRIQUE - EURAFRICA - EURAFRIKA

4 Monate nach der 1. Regierungskonferenz der EU mit Nord- und Subsaharischen Staaten Afrikas zu "Migration und Entwicklung" im Juli in Rabat fand ein Folgetreffen im November 2006 in Tripolis/Libyen statt. Der Gastgeber M. Gaddafi eröffnete die Konferenz, indem er den versammelten Ministern erzählte, dass die Welt nicht versuchen sollte, Migration einzuschränken. Denn sie sei unvermeidbar und von Gott gewollt. Gaddafi verlor kein Wort über die von Italien finanzierten Abschiebelager in Libyen, und auch nicht über Abschiebungsprogramme von irregulären MigrantInnen aus Libyen, die von den nördlichen Nachbarn mitbezahlt wurden. Die gemeinsame Abschlusserklärung zielt wie üblich auf die Bekämpfung illegaler Migration nach Europa, ein millionenschwerer Entwicklungsfond, den die afrikanischen Regierungen forderten, wurde von der EU hingegen abgelehnt. Stattdessen gab es den Vorschlag für einen 40 Mio. Euro-Fond, um die afrikanische Migration nach Europa zu steuern. Das Geld soll dazu dienen, die Gebühren für Rücküberweisungen afrikanischer MigrantInnen zu senken sowie Migrationsbüros zu eröffnen, die Nachfrage und Angebot von Arbeitskräften verwalten sollen (als temporäre oder "Zirkulationsmigration", ähnlich den früheren deutschen Gastarbeiterprogrammen).

Wir haben keine Wahl!

Die Zeit ist reif für eine transnationale Bewegung und einen neuen Kampfzyklus in Europa. Anknüpfend an den Aktionstag am 7. Oktober 06 schlagen wir vor, eine europaweite transnationale Versammlung mit dem Ziel zu organisieren, die Kämpfe für Bewegungsfreiheit zu koordinieren und eine Legalisierung aller MigrantInnen quer durch Europa zu fordern. Heutzutage sind MigrantInnen, die in einem bestimmten Europäischen Land illegalisiert wurden, überall in Europa illegal. Aylsuchende, die in ein sicheres Drittland abgeschoben wurden, sind aus ganz Europa verbannt. Um schneller und effektiver abzuschieben, werden EU-weite Sammelcharter organisiert. Ein aktueller Vorschlag zur Erfüllung europäischer Standards für Abschiebegefängnisse sieht überall Haftzeiten von mindestens 6 Monaten vor. Und es ist das Grenzregime an den Küsten Europas und weit darüberhinaus, das für die wachsende Zahl von Toten verantwortlich ist. Migrantinnen, die nach Libyen oder Marokko abgeschoben wurden, sind gar mit dem Tod in der Wüste konfrontiert.

Wir glauben, dass Proteste und Forderungen, die an nationale Regierungen gerichtet sind, nicht länger ausreichen, um dieses System zu bekämpfen. Sie müssen ergänzt werden durch neue politische Kämpfe, die direkt die Verantwortlichkeit der europäischen Institutionen benennen und zu einer europaweiten Legalisierung aller MigrantInnen aufrufen. Wir wollen den europäischen Institutionen keine Gelegenheit mehr geben, sich hinter den Kompetenzen und der Politik der nationalen Regierungen zu verstecken. Unter der Vorgabe der Verhinderung illegaler Migration führt die EU einen regelrechten Krieg gegen Bewegungsfreiheit. Wenn wir sagen, dass "kein mensch illegal" ist, egal welche Grenze sie oder er innerhalb oder außerhalb Europas überschritten hat, dann muss jede/r das Recht auf Legalisierung haben. Das bedeutet, zu einem Kampf aufzurufen, der alle Grenzen angreift, die die Bewegung der MigrantInnen Richtung Europa illegalisiert oder die in sog. Drittstaaten vorverlagert sind. Das Verständnis in und über Europa hinaus wächst, dass der Kampf für Bewegungsfreiheit

Aber all diese Programme werden nicht verhindern, dass Menschen ihre Herkunftsländer verlassen und ihr Recht auf Bewegungsfreiheit einfordern, um ein besseres Leben zu suchen. Und insbesondere werden wir niemals die Abschiebungsabkommen akzeptieren, die die Regierungen, von der EU unter Druck gesetzt, unterschreiben, um MigrantInnen aufzunehmen, die Europa los werden will.

Das polyzentrische Weltsozialforum im Januar 06 in Bamako/Mali rief dazu auf, ein internationales Bündnis aufzubauen, gegründet auf Solidarität gegen diese mörderische Politik, zusammengesetzt aus zivilgesellschaftlichen und Nichtregierungsorganisationen, aus sozialen Bewegungen und Institutionen. Schritte zur Herausbildung eines solchen Bündnisses waren einerseits die NGO-Konferenz in Rabat im Juni/Juli, die globale Bewegungsfreiheit als Grundrecht und Voraussetzung für andere Grundrechte forderte, und andererseits der transnationale Aktionstag am 7. Oktober. Eine weitere Gelegenheit ist nun Nairobi. Und wir hoffen, dass wir diese Prozesse fortsetzen und vertiefen können mit den migrationsbezogenen Aktivitäten im Rahmen der Proteste gegen den G-8-Gipfel im Juni 2007 in Deutschland.

eine globale Auseinandersetzung ist. Insofern wird es immer dringender, unsere politischen Aktivitäten gegen das europäische Migrationsregime zu koordinieren, gemeinsam zu artikulieren und damit weiter zu verbreiten. Wir haben keine andere Wahl.



Chronik: Bewegungen und Kämpfe der Migration ...

Wie schon in der 1. Ausgabe haben wir auch dieses Mal wieder Höhepunkte und Fragmente des Widerstandes aus verschiedenen Ländern zusammengetragen. Wir wollen damit die Vielfältigkeit und Unterschiedlichkeit der Proteste und Kampagnen vermitteln, mit dem erklärten Ziel, in einer notwendigen transnationalen Perspektive nach möglichen Gemeinsamkeiten zu suchen. Zunächst fassen wir die Aktivitäten vom 7. Oktober zusammen, aus den beteiligten europäischen wie auch afrikanischen Städten. Danach folgen einige wenige Länderberichte aus Eurafrika. Und last not least ein paar Eindrücke aus den USA von der dortigen Massenbewegung der MigrantInnen für ihre Rechte.

7. Oktober transnationaler Aktionstag: Hunderte von Gruppen und Organisationen hatten den gemeinsamen Aufruf unterzeichnet, zum ersten Mal fanden Aktionen in dutzenden europäischen und afrikanischen Städten zeitgleich statt (genauere Berichte und Fotos bei www.noborder.org).

7. Oktober-Ticker in Europa:

Kleine Demo(nstration) und Strassentheater gegen Rassismus in Moskau; Demo in Solidarität mit tschetschenischen Flüchtlingen in Warschau; kleine Kundgebung in Götheborg; Demo mit starker migrantischer Beteiligung in London, weitere Aktionen in UK in Glasgow und Birmingham; Demos in Paris, Rennes und Angers; mehrere Straßentheateraktionen und Demos in 12 Städten in Deutschland; Demo und Aktionen in Wien; Blockade gegen Abschiebeknast und migrantischer Protest vor Lokalbehörden in Bologna, kleinere Aktionen in Mailand und Rom; Demo vor dem Abschiebeknast in Malaga, Aktionen und Kundgebungen in 9 weiteren Städten in Spanien, darunter auch auf den kanarischen Inseln; Demo in Lissabon; ...

Weitere kurze Länderberichte:

Niederlande: Am frühen Morgen des 6. Oktober klettern AktivistInnen auf einen "schwimmenden" Abschiebeknast im Hafen von Rotterdam und blockieren den Eingang, indem sie sich am Eingangstor anketten. Eine weitere öffentliche Aktion gegen Abschiebeknäste fand am 7. Oktober in Amsterdam statt. Und: die holländischen Wahlen im November 06 ermöglichen eine Amnestie für ca. 20.000 MigrantInnen ohne Papiere. Die Begünstigten dieser Legalisierung sind Asylsuchende, die ihren Antrag vor dem 1.4.04 gestellt hatten. Sie gehören zur "Gruppe der 26.000", deren Abschiebung 2004 geplant war. Dagegen gab es aber viele vor allem lokale Solidaritätsaktionen z.B. in Schulen und Kirchen. Auf diesen Druck hin entstand eine Mehrheit im neuen Parlament zugunsten einer Amnestie.

Griechenland: Seit Anfang September lief eine neue, 3. Legalisierung vor allem für diejenigen, die aus den ersten beiden Regelungen ausgeschlossen und dann wieder illegalisiert wurden. Für Neugekommene sind die Kriterien aber meist zu restriktiv um davon begünstigt zu werden. Am 7. Oktober fand dann in Athen eine Demonstration mit ca. 700 Leuten statt, für Bleiberecht und für das Staatsbürgerschaftsrecht für Kinder, die in Griechenland geboren sind. Auch in Thessaloniki und Chios gab es Aktionen am gleichen Tag. Außerdem haben wir vor der zentralen Ausländerbehörde in Athen protestiert, wo sich auch ein Abschiebeknast befindet, sowie vor der Polizeistation von Omonia, die für Misshandlungen an MigrantInnen berühmt-berüchtigt ist. Und wir ver-

suchen nun gerade, eine landesweite langfristige Kampagne gegen Abschiebeknäste und Abschiebungen zu initiieren.

United Kingdom: (Nov./Dez.) Am gleichen Tag, als der Chefinspektor für Haftanstalten einen Bericht veröffentlichte, in dem er die Bedingungen im Abschiebegefängnis Harmondsworth in der Nähe von London kritisiert, revoltieren die dort eingesperrten MigrantInnen und demolieren den größten Abschiebeknast in UK. Die Regierung bezeichnet den Aufstand als "gezielte Sabotage" ihrer Immigrationspolitik, und der Protest weitet sich auf andere Abschiebegefängnisse aus, während MigrantInnen und AktivistInnen ihre Solidarität vor dem Knast in Harmondsworth und in London demonstrieren.

7. Oktober in afrikanischen Ländern

Mali: Ein "Forum der MigrantInnen" wurde organisiert für 10 Tage in Bamako, wo MigrantInnen, die aus Europa oder Nordafrika abgeschoben wurden, über ihre Erfahrungen berichteten und mit AktivistInnen und WissenschaftlerInnen diskutierten. Es endete am 7. Oktober mit Aufrufen für Bewegungsfreiheit, Demokratie und Selbstorganisation afrikanischer Menschen.

Benin: Am 6. und 7. Oktober wurden eine Konferenz und eine Gebetsveranstaltung organisiert von Flüchtlingsorganisationen. Für den darauf folgenden Montag war eigentlich eine Versammlung vor der EU-Vertretung geplant, aber nach dem Tod eines Mitglieds mangels Versorgung durch den UNHCR in Benin wurde eine spontane Versammlung vor dem UNHCR-Büro organisiert.

Mauretanien: Die Menschenrechtsvereinigung lud zu Pressekonferenzen und einem "Tag der offenen Tür" ein in der Hauptstadt Nouakchott und in Nouadhibou, einer Stadt im Norden, von wo viele MigrantInnen mit Booten zu den Kanarischen Inseln aufgebrochen sind und, nach einem Abkommen mit der EU, seit März 2006 mehr als 4000 MigrantInnen interniert und die meisten von ihnen abgeschoben wurden.

Marokko: Eine große Zahl MigrantInnen- und StudentInnen-Organisationen rief zu einer Versammlung am Zaun von Ceuta auf, wo 2005 mindestens fünf MigrantInnen ihr Leben verloren. Über 150 Menschen kamen, um an diese Ereignisse zu erinnern und die europäische Migrationspolitik anzuprangern - mitten zwischen starken Einheiten von Polizei und Militär.

Widerstand gegen Abschiebungen nach Afrika:

Senegal: Nach einem Abkommen am 14. September wurden über 5000 MigrantInnen von Spanien nach Senegal abgeschoben, die meisten von ihnen heimlich über den kleinen Flughafen von St. Louis, um Proteste in der Hauptstadt Dakar zu verhindern. Aber die senegalesische Regierung - die sich auf Wahlen im Februar 2007 vorbereitet - setzte diese Abschiebungen Ende Oktober aus, weil die Opposition protestierte, den Inhalt des Abkommens veröffentlicht haben und wissen wollte, was mit den 20 Millionen Euro passiert, die die Regierung von Spanien bekam.

Gambia: Nach Unterzeichnung eines "Memorandums of understanding" gegen "illegale" Einwanderung mit Spanien und dem Erhalt von 5 Millionen Euro akzeptierte die gam-

bische Regierung die Abschiebung von 255 MigrantInnen innerhalb eines Monats in dies kleine Land mitten im Senegal, mindestens 144 davon am 28. Oktober. Kurz nachdem das Flugzeug am internationalen Flughafen von Banjul gelandet war, weigerten sich die Abgeschobenen eine kurze Zeit, aus den beiden Flugzeugen auszusteigen. Einige von ihnen wurden dabei beobachtet, wie sie Glasscheiben auf dem Flughafen mutwillig beschädigten, Stühle zerschmetterten, Klimaanlage und Windschutzscheiben von Autos zerstörten, andere wurden dabei gesehen, wie sie mit Gewalt ihre Köpfe gegen die Mauern schlugen, als ob sie Selbstmord begehen wollten. Dreißig von ihnen werden jetzt vor Gericht gebracht. Trotz Meldungen über Tausende von Toten im rauen Atlantik, setzen sich insbesondere junge Leute in kleine Boote, um Richtung Kanarische Inseln zu fahren.

Melilla: Eine Gruppe von etwa 30 MigrantInnen revoltierte Anfang November während eines Abschiebeflugs von der spanischen Enklave Melilla nach Guinea-Bissau, griff die Polizei an Bord an und zwang den Piloten, auf dem Flughafen von Malaga/Spainien zu landen.

Marokko: Beginnend am frühen Morgen des 23. Dezembers, fanden Razzien, Verhaftungen und Massenabschiebungen subsaharischer AfrikanerInnen statt in Marokko, erklärt als Konsequenz der EU-Afrika-Konferenz in Rabat und gut geplant genau vor Weihnachten. 250-400 Menschen, unter ihnen Frauen, Kinder, Flüchtlinge und AsylantragstellerInnen mit Dokumenten des UNHCR, wurden in Busse gesetzt, zur algerischen Grenze bei Oujda gefahren und - indem in die Luft geschossen wurde - gezwungen, Marokko mitten in der Nacht zu verlassen. FlüchtlingsaktivistInnen und Menschenrechtsorganisationen kämpfen darum, mit den MigrantInnen in Kontakt zu kommen und sie dabei zu unterstützen, zurückzukehren. Sie klagen die Regierung an, Menschenrechte zu verletzen im Rahmen der Kollaboration mit dem EU-Migrationsregime.

MigrantInnenbewegung in den USA

Im März 2006 erlebte Los Angeles, wie hunderttausende ArbeitsmigrantInnen und ihre Unterstützer gegen nationale Gesetzesvorhaben, die die ArbeiterInnen kriminalisieren sollen, auf die Strasse gingen. Dieser Protest war der größte in der ganzen Geschichte von L.A. und zeigte eindrucksvoll, dass es

wirklich einen schlafenden Riesen gibt, der nur wartete, geweckt zu werden. Die Dynamik hielt an bis zum 1. Mai, als gleich zwei riesige Protestmärsche stattfanden, die die Mobilisierung vom März noch übertrafen. Geschätzt wurden über 1 Million Beteiligte, die erneut gegen die geplanten Immigrationsgesetze und für eine Legalisierung demonstrierten. Diese Proteste waren Teil einer Serie von Mobilisierungen, mit denen zwar erfolgreich die Verschärfung der Immigrationsgesetze gestoppt wurde. Doch leider gelang es kaum, die Aufmerksamkeit des "Riesen" in weitere organisierende Momente zu übersetzen. Wie die hunderttausenden von Menschen, die auf der Strasse waren, mit Selbstorganisationen von Communities in Verbindung zu bringen sind, bleibt eine offene Frage. Der Zuwachs der Mitglieder nach den Protesten blieb jedenfalls gering, und gemeinsame strategische Planungen gibt es nicht. Einige Gruppen setzen auf massenhafte Wahlregistrierung und letztlich auf eine neue bessere Regierung. Andere sind überzeugt, dass die Regierung niemals die Interessen der NiedriglohnarbeiterInnen vertreten wird und vielmehr neue Gastarbeiterprogramme plant, die den Firmen billige Arbeitskräfte verschaffen aber den ArbeiterInnen keine Papiere. In verschiedenen Initiativen planen wir nun vor allem für den 1. Mai 2007, doch wir wissen nicht, ob es uns gelingen wird, den "schlafenden Riesen" erneut zum Leben zu erwecken.



Warum Crossing Borders und warum einen TRANSNATIONALEN Newsletter?

Unser Ziel ist die Stabilisierung und Ausweitung der migrationsbezogenen Netzwerkprozesse in Europa und darüberhinaus. Wir ignorieren nicht die Unterschiede der Realitäten und Kämpfe in den jeweiligen Regionen, Ländern und Kontinenten. Aber wir sind von der Notwendigkeit überzeugt, diese Differenzen zu kommunizieren, sie zu überbrücken: Crossing borders meint eben auch diese Grenzen zu überschreiten. Wir zielen auf einen Prozess der "Gemeinsamkeiten", nicht nur indem wir Informationen und Erfahrungen austauschen, sondern vor allem, indem wir einen gemeinsamen Widerstand gegen das globale Apartheid- und Migrationsregime entwickeln. Und indem wir dabei für die gemeinsamen Forderungen nach Bewegungsfreiheit und Bleiberecht kämpfen.

Bewegungen und Kämpfe der Migration sind natürlich niemals national ausgerichtet, aber auch der Begriff der Internationalität kann deren Bedeutung nicht erfassen. Es geht eben nicht um Zwischenstaatlichkeit, vielmehr werden alle Konzepte von Grenzen und Nationalitäten in Frage gestellt, sei es die der Regierungen oder auch die der großen Gewerkschaften. MigrantInnen suchen ein besseres Leben und bewegen sich gegen das Ausbeutungsgefälle. Migrationsbewegungen unterlaufen die Grenzregimes und bilden Netzwerke und Communities jenseits aller Nationalitäten, von Herkunfts- über Transit- bis zu den Zielländern. Um eine transnationale Perspektive globaler sozialer Rechte zu entwickeln, benötigen wir transnationale Kommunikation. Crossing Borders bietet dafür ein mögliches Mittel, dessen Erfolg aber von der breiteren Beteiligung abhängt. Crossing Borders ist ein vielsprachiges Projekt, das zunächst im Internet verfügbar ist. Doch entscheidend in unserem Konzept bleiben dezentrale Ausdrücke, kopiert und verteilt in den verschiedenen migrantischen Communities und Lokalitäten. Nehmt Kontakt mit uns auf, schickt uns Eure Kommentare und Beiträge.

Contact: frassainfo@kein.org Website: http://noborder.org/crossing_borders/